Soll Privatwirtschaft Giftkippe sanieren?

Regierungspräsident: Mediation in jedem Falle fortsetzen

Steyerberg / Münchehagen (re). Eine Privatisierung der Sicherung und Sanierung der Sonderabfalldeponie (SAD) Münchehagen wird im Finanzministerium ernsthaft geprüft." Das erklärte der Präsident des Regierungsbezirks Hannover während einer Pressekonferenz in Steyerberg auf HARKE-Anfrage. Dr. Werner Greifelt unterstrich dabei, das Mediationsverfahren zur Eindämmung von Konflikten werde in jedem Falle fortgesetzt. Das sei allein schon aus Gründen der Abstimmnung zwischen den beteiligten Behörden, Verbänden, Bürgern und Städten Rehburg-Loccum sowie Petershagen notwendig.

Dr. Greifelt sieht erhebliche Vorteile

Einer Privatisierung mit Mißtrauen zu begegnen, dafür gibt es nach Auffassung Greifelts keinen Anlaß. Für ihn bietet ein solcher Schritt erhebliche Vorteile:

- Effizienteres und daher wirtschaftlicheres Handeln.
- Raschere Abwicklung von Maßnahmen.
- Herausnahme der jährlichen Kosten aus dem jedes Jahr neu aufzustellenden Landeshaushalt ermöglichten größere Freiräume für Planung und Umsetzung von Maßnahmen.
- Privatisierung sei möglicherweise zwar etwas teurer. Die Mehraufwendungen würden jedoch durch die vorgenannten Punkte ausgeglichen.

Wer kontrolliert Gesellschaft?

Als Privatisierungsform stellt sich der Regierungspräsident eine Gesellschaft vor. Diese könne bei hoheitlichem Handeln einerseits kontrolliert werden über die Rechtsaufsicht, andererseits unter der Aufsicht der Bezirksregierung, die sich zur Erfüllung der Aufgaben der bisher auf der SAD tätigen Mannschaft des Staatlichen Amts für Wasser und Abfall (StAWA) Sulingen bedienen könnte. Dabei sei vorstellbar, daß das StAWA-Team als Beschäftigte der Gesellschaft zugeschlagen werden mit Option einer Rückkehr in die Behörde nach Erledigung der Aufgaben. Bei der Frage nach Kontrolle komme es zudem darauf an, wer als Gesellschafter auftrete. Das könnten das Land Niedersachsen, Gebietskörperschaften und die beteiligten Unternehmen sein.

„Es sind Fehler gemacht worden"

Die Sicherung der Altlast und das damit verbundene Münchehagen-Verfahren, wo Behörden, Bürger, Verbände und Gebietskörperschaften um ein gemeinsames Vorgehen ringen, droht wie in den vergangenen Jahren erneut zu platzen. Wie berichtet war von „Pannen und Pleiten" die Rede, die in erster Linie an die Projektkoordination bzw. an den Umgang der Behörden mit den weiteren Beteiligten adressiert war. Vertreter der Bezirksregierung und des Umweltministeriums hatten im März 1995 in Loccum Besserung durch eine neue Projektgruppe versichert. Diese kam durch die in Hannover angedachte Verwaltungsreform und dadurch bedingte Einsprüche des Personalrats auf Landesebene nicht zustande, weil das vergleichsweise kleine StAWA um Auflösung fürchtete. „Schlampereien im Bau- und Sicherheitsbetrieb", wie Mitglieder des Vermittlungsausschusses durchblicken ließen, „Alleingänge sowie unterlassene Information" der Projektkoordination, des StAWA und „Skandale mit der Entsorgung" von Sonderabfällen, die auf der SAD entstanden, haben das Verfahren erneut vor ein Platzen geführt. „Es wurden Fehler gemacht", so Dr. Greifelt. „Darüber müssen wir reden, aber nicht verumglimpfen", sagte er in Richtung Bürgerinitiativen und BUND.